

# Abschrift

## Vorschlagsliste für die Wahl eines Verwaltungsrates

Ordnungsnummer: 1
Eingegangen am: 14.11.2022
(vom Wahlausschuss einzutragen)

Kennwort: ① Deutscher Gewerkschaftsbund/Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen

Listenvertreter/-in: ② Karger, Katja, Deutscher Gewerkschaftsbund,  
(Name, Vorname, Anschrift, Telefon)

Bezirk Berlin-Brandenburg, Alexanderstr. 1, 10178 Berlin, 030 21240 100

Stellvertreter/-in: Meißner, Stefan, Deutscher Gewerkschaftsbund,  
(Name, Vorname, Anschrift, Telefon)

Bezirk Berlin-Brandenburg, Alexanderstr. 1, 10178 Berlin, 030 21240 120

Erklärung: ③ \_\_\_\_\_

An den  
Wahlausschuss  
der

AOK Nordost

(Bezeichnung der Krankenkasse)

in Wilhelmstr. 1, 10963 Berlin

(Anschrift)

## Vorschlagsliste

Deutscher Gewerkschaftsbund/Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen

(Bezeichnung des Listenträgers) ④

für die Wahl zum Verwaltungsrat der

AOK Nordost

(Bezeichnung der Krankenkasse)

# Abschrift

## I. Vorschlagsliste bei Listenstellvertretung ⑤

Für die Gruppe der Versicherten/~~Arbeitgeber~~ (Nichtzutreffendes ist zu streichen)  
werden vorgeschlagen als:

Mitglieder: ⑥

Lfd. Nummer	Name Vorname	Geburtsjahr	Wohnort	Voraussetzungen der Wählbarkeit ⑦
1	2	3	4	5
1	Lambertin, Knut	1970	Berlin	Versicherter
2	Markiwitz, Diana	1971	Schwerin	Versicherte
3	Schöning, Dieter	1960	Hennigsdorf	Versicherter
4	Krause, Marion	1964	Potsdam	Beauftragte
5	Schulz, Volker	1961	Sagard	Versicherter
6	Weiland, Birgit	1959	Berlin	Versicherte

Fortsetzung auf \_\_\_\_\_ 2 \_\_\_\_\_ Einlageblättern. ⑧

Stellvertreter/-innen: ⑨

Lfd. Nummer	Name Vorname	Geburtsjahr	Wohnort	Voraussetzungen der Wählbarkeit ⑦
1	2	3	4	5
1	Feldkötter, Susanne	1963	Berlin	Versicherte
2	Meißner, Stefan	1983	Berlin	Versicherter
3	Winter, Jana	1980	Oberkrämer	Versicherte
4	Müller, Frank	1961	Berlin	Versicherter
5	Günther, Simone	1965	Finsterwalde	Versicherte
6	Claussen, Anne	1981	Schwerin	Beauftragte

Fortsetzung auf \_\_\_\_\_ 2 \_\_\_\_\_ Einlageblättern. ⑧

# Abschrift

Mitglieder: ⑥

Lfd. Nummer	Name Vorname	Geburtsjahr	Wohnort	Voraussetzungen der Wählbarkeit ⑦
1	2	3	4	5
7	Landgraf, Nikolaus	1967	Reutlingen	Beauftragter
8	Hartwig, Deno	1969	Berlin	Versicherter
9	Wache, Stefanie	1966	Berlin	Versicherte
10	Beyer, Wolfgang	1950	Hohen Neuendorf	Versicherter
11	Rosenthal, Christine	1956	Neuhausen	Versicherte
12	Keller, Dieter	1970	Berlin	Versicherter

Fortsetzung auf \_\_\_\_\_ 1 \_\_\_\_\_ Einlageblättern. ⑧

Stellvertreter/-innen: ⑨

Lfd. Nummer	Name Vorname	Geburtsjahr	Wohnort	Voraussetzungen der Wählbarkeit ⑦
1	2	3	4	5
7	Fromm, Christian	1960	Berlin	Versicherter
8	Bouvain, Frank	1962	Berlin	Versicherter
9	Woitschack, Judith	1971	Brandenburg/H.	Beauftragte
10	Tiedemann, Klaus-Peter	1960	Bresegard	Versicherter
11	Dr. Erdem, Fatma	1973	Berlin	Versicherte
12	Molch, Marcel	1985	Elsterheide	Beauftragter

Fortsetzung auf \_\_\_\_\_ 1 \_\_\_\_\_ Einlageblättern. ⑧

# Abschrift

Mitglieder: ⑥

Lfd. Nummer	Name Vorname	Geburtsjahr	Wohnort	Voraussetzungen der Wählbarkeit ⑦
1	2	3	4	5
13	Müller, Rainer	1959	Friedland	Versicherter
14	Zierock, Carola	1965	Rathenow	Versicherte
15	Koop, Werner	1950	Berlin	Versicherter

Fortsetzung auf \_\_\_\_\_ 0 \_\_\_\_\_ Einlageblättern. ⑧

Stellvertreter/-innen: ⑨

Lfd. Nummer	Name Vorname	Geburtsjahr	Wohnort	Voraussetzungen der Wählbarkeit ⑦
1	2	3	4	5
13	Modrow, Heike Hannelore	1958	Massen/NL	Versicherte
14	Georges, Dirk	1962	Kloster Lehnin	Versicherter

Fortsetzung auf \_\_\_\_\_ 0 \_\_\_\_\_ Einlageblättern. ⑧

# Abschrift

Mitglieder und Stellvertreter/-innen: ⑥ ⑨

Lfd. Nummer Mitglied a) 1. Stellvertreter/-in b) 2. Stellvertreter/-in	Name Vorname	Geburtstag	Anschrift	Voraussetzungen der Wählbarkeit ⑦
1	2	3	4	5
1				
1a				
1b				
2				
2a				
2b				
3				
3a				
3b				
4				
4a				
4b				
5				
5a				
5b				

Fortsetzung auf \_\_\_\_\_ Einlageblättern. ⑧

Die Liste umfasst insgesamt 6 Blätter. ⑧ Erklärungen der Bewerber/-innen, dass sie ihrer Aufstellung zustimmen, sind beigelegt.

Des Weiteren sind beigelegt: ⑩ ⑪ ⑫ Niederschriften zur Bewerberaufstellung und zugehörige Anlagen

Erklärungen gemäß § 15 Abs. 4 der Sozialwahlordnung

Es wird ausdrücklich bestätigt, dass die Voraussetzungen der Wählbarkeit aller Bewerber/-innen geprüft worden sind, und zwar, soweit erforderlich, anhand von Unterlagen. Die Prüfung hat ergeben, dass die Voraussetzungen der Wählbarkeit bei jeder Bewerberin/jedem Bewerber vorliegen.

Berlin, den 11.11.2022

(Unterschriften der zur Vertretung der Personenvereinigung  
oder des Verbandes berechtigten Personen;  
bei freien Listen Unterschriften der Listenvertreterin/des Listenvertreters  
und dessen/deren auf Seite 1 genannten Stellvertreter/-in)

# Abschrift

gungen oder Verbänden, die nach § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 oder Satz 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch vorschlagsberechtigt sind, der Name der Personenvereinigung oder des Verbandes einzusetzen; der Name und die Kurzbezeichnung der Vereinigung ist in der Form zu verwenden, wie er sich bei eingetragenen Vereinen aus dem Vereinsregister, sonst aus der Satzung ergibt. Bei freien Listen (§ 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch) ist der Familienname einer Listenunterzeichnerin/eines Listenunterzeichners einzusetzen. Es können auch die Namen mehrerer Personenvereinigungen oder Verbände und bei freien Listen auch die Familiennamen mehrerer Listenunterzeichner/-innen eingesetzt werden, insgesamt jedoch nicht mehr als fünf Familiennamen. Zulässig ist ausschließlich ein Zusatz an nachfolgender Stelle, der die Bezeichnung des Versicherungsträgers oder einen den Versicherungsträger kennzeichnenden Teil dieser Bezeichnung enthält; sonstige Zusätze sind unzulässig. Bei freien Listen kann dem oder den Familiennamen außerdem der Zusatz „Freie Liste“ vorangestellt werden. Bei einer Vorschlagsliste von mehreren Personenvereinigungen oder Verbänden soll statt einer oder mehrerer ihrer Namen möglichst ein die Personenvereinigungen oder Verbände gemeinsam bezeichnendes Kennwort eingesetzt werden. Ein unzulässiges Kennwort wird vom Wahlausschuss von Amts wegen durch ein zulässiges Kennwort ersetzt.

- ② In den Vorschlagslisten von Personenvereinigungen oder Verbänden sind ein/-e Listenvertreter/-in und dessen/deren Stellvertreter/-in zu benennen (§ 16 Absatz 1 Satz 1 der Wahlordnung für die Sozialversicherung).

In freien Listen sollen ein/-e Listenvertreter/-in und dessen/deren Stellvertreter/-in benannt werden; soweit dies nicht geschieht oder eine benannte Person ausscheidet, gelten die Unterzeichner/-innen der Listen in der Reihenfolge ihrer Unterschriften als Listenvertreter/-in und dessen/deren Stellvertreter/-in (§ 16 Absatz 2 der Wahlordnung für die Sozialversicherung).

- ③ Sollen Listenvertreter/-innen Erklärungen nur gemeinsam mit ihren Stellvertretern/Stellvertreterinnen abgeben können (§ 17 Absatz 1 Satz 5 der Wahlordnung für die Sozialversicherung), ist hier einzusetzen: „Der/Die Listenvertreter/-in kann Erklärungen nur gemeinsam mit dessen/deren Stellvertreter/-in abgeben.“.
- ④ Als Listenträger (§ 60 Absatz 1 Satz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch) ist die Stelle zu bezeichnen, die die Listen einreicht (Name der Personenvereinigung oder des Verbandes; bei freien Listen ist das Kennwort einzusetzen). Wird die Liste von mehreren Personenvereinigungen oder Verbänden eingereicht, sind deren Namen einzusetzen.
- ⑤ Die Vorschlagslisten zu I. oder II. sind alternativ auszufüllen. Die jeweils nicht genutzte Vorschlagsliste ist zu streichen.
- ⑥ Zu beachten ist § 48 Absatz 6 Satz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch; danach dürfen die Vorschlagslisten als Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane und deren Stellvertreter/-innen von jeweils drei Personen nur eine/-n Beauftragte/-n enthalten. Außerdem ist § 48 Absatz 9 des

ben Vorschlagslisten jeweils mindestens 40 Prozent weibliche und 40 Prozent männliche Bewerber zu enthalten.

- ⑦ Angabe der im Einzelfall vorliegenden Voraussetzung, zum Beispiel Versicherte/-r, Arbeitgeber, Beauftragter einer Gewerkschaft, einer sonstigen Arbeitnehmervereinigung, einer Vereinigung von Arbeitgebern oder eines Verbandes. Ergänzend siehe § 51 Absatz 4 Satz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch.

- ⑧ Bitte Zahlen einsetzen.

- ⑨ Die Reihenfolge der Stellvertreter/-innen ist so festzulegen, dass erst jeder/jede dritte Stellvertreter/-in zu den Beauftragten gehört (§ 48 Absatz 6 Satz 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch). Als Stellvertreter/-innen können auch Personen benannt werden, die bereits als Mitglieder vorgeschlagen worden sind; die Benennung erlangt nur Bedeutung, wenn diese Personen nicht als Mitglieder gewählt werden. Zu beachten ist § 43 Absatz 2 Satz 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch. Danach ist für ein verhindertes Mitglied stets der/die erste der benannten Stellvertreter/-innen zu laden, der/die verfügbar, das heißt selbst nicht verhindert ist. Außerdem ist § 48 Absatz 9 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch zu beachten; danach haben Vorschlagslisten jeweils mindestens 40 Prozent weibliche Bewerberinnen und 40 Prozent männliche Bewerber zu enthalten.

- ⑩ Die Vorschlagsberechtigung eines Verbandes (§ 48 Absatz 1 Satz 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch) liegt vor, wenn alle oder mindestens drei der vorschlagsberechtigten Mitgliedsorganisationen bis zum Ende der Einreichungsfrist eigene Vorschlagslisten nicht eingereicht haben.

Bei Vorschlagslisten von Vereinigungen, deren Vertreter/-innen in dem Verwaltungsrat nicht auf einer eigenen Liste der Vereinigung gewählt worden sind, ist § 15 Absatz 4 Satz 3 der Wahlordnung für die Sozialversicherung zu beachten.

- ⑪ Den Vorschlagslisten, die nach § 48 Absatz 2 bis 5 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch von einer Mindestzahl von Wahlberechtigten unterzeichnet sein müssen, können, um Zweifel auszuschließen, Erklärungen der Listenvertreterin/des Listenvertreters über die Voraussetzungen der Wahlberechtigung der Listenunterzeichner/-innen nach dem Muster der Anlage 6 zur Wahlordnung für die Sozialversicherung beigelegt werden.

Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften sind nach dem Muster der Anlage 3 der Wahlordnung für die Sozialversicherung beizufügen.

- ⑫ Den Vorschlagslisten sind die nach § 48 Absatz 8 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch in Verbindung mit § 15 Absatz 4a der Wahlordnung für die Sozialversicherung erforderlichen Niederschriften beizufügen.

Alle Angaben sind in Maschinenschrift oder in anderer gut leserlicher Schrift (vorzugsweise Druckbuchstaben) einzusetzen. Unterschriften sind eigenhändig zu leisten.

## Niederschrift zur Vorschlagsliste für die Wahl eines Verwaltungsrates bei der AOK Nordost

Der Vorstand des DGB Berlin-Brandenburg hat auf der Sitzung am 11.11.2022 in Berlin für die Wahlvorschlagsliste

Deutscher Gewerkschaftsbund/Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen

die aufgeführten Kandidatinnen und Kandidaten gemäß den als Anlage beigefügten „Grundsätzen zur Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Listen von DGB und Mitgliedsgewerkschaften zu den Sozialversicherungswahlen 2023“ und den mit ACA und GdS getroffenen Absprachen beschlossen. Als Listenträger einer Gemeinschaftsliste übernimmt der DGB in dieser Niederschrift dabei Angaben, die ACA und GdS gegenüber dem DGB gemacht haben. Diese sind im Original als Anlage beigefügt.

### 1 Wie und wer wurde aufgerufen zur Einreichung von Bewerbervorschlägen?

Zur demokratischen Legitimation der Listenaufstellung hat der DGB ein öffentliches Bewerbungsverfahren zur Sozialwahl 2023 betrieben, dass sich an alle Mitglieder der DGB-Gewerkschaften richtete. Auf den Internetseiten des Deutschen Gewerkschaftsbundes (sowohl auf Bundesebene wie auch auf den regionalen Seiten) erfolgte die Kandidat\*innen-Suche für die Selbstverwalter\*innen-Gremien der Unfall-, Kranken-, und Rentenversicherung. Mit einem online-Formular konnten dort alle wählbaren Gewerkschaftsmitglieder des DGB ihre Bewerbungen abgeben. Darüber hinaus wurden Kandidat\*innen-Vorschläge berücksichtigt, die über die Aufrufe der DGB-Gewerkschaften in den Betrieben, und dort im Rahmen von Betriebsversammlungen und/oder Aushängen erfolgten.

Zur Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmerorganisationen Berlin-Brandenburg gehören 1. Kolpingwerk Berlin, 2. KAB Berlin, 3. EAN Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. Für die Sozialwahlen in den letzten Perioden wurden immer Kandidatinnen und Kandidaten über die ACA vorgeschlagen. Für die Sozialwahl 2023 haben die drei Organisationen über die Mitgliederpublikationen und die Internetseiten ihre Mitglieder seit Herbst 2021 aufgerufen. Gleichzeitig wurde mit den bisherigen Kandidatinnen und Kandidaten Kontakt aufgenommen. Der Aufruf erfolgte durch Berichte in den Zeitschriften über die Arbeit der Selbstverwaltung und die Aufmunterung zu kandidieren. Durch das Internet war die Möglichkeit gegeben, sich online als Kandidatin oder Kandidat zu melden. Ebenso gingen Kandidaten-Vorschläge über die Aufrufe der Mitgliedsorganisationen ein, die im Rahmen von Versammlungen und Aushängen erfolgten.

Die GdS rief alle Mitglieder der GdS auf folgenden Wegen auf:

- [www.gds.info/sozialwahlen-2023-entscheiden-sie-mit](http://www.gds.info/sozialwahlen-2023-entscheiden-sie-mit)
- Instagram (s. GdS-Anlage 1)
- GdS Magazin (s. GdS-Anlage 2)
- Monatlicher Newsletter „GdS kompakt“ (s. GdS-Anlage 3)
- Aufrufe auf diversen Sitzungen der GdS-Organen auf Orts-, Landes- und Bundesebene

### 2 Wie wurden die Bewerber\*innen ausgewählt und wie wurde die Reihenfolge festgelegt?

Die Kandidat\*innen der DGB-Mitgliedsgewerkschaften wurden vom jeweiligen Gewerkschaftsgremium (Vorstand) beschlossen und an den DGB benannt. Beim DGB erfolgte die Listenaufstellung unter Berücksichtigung der beteiligten Organisationen, des gesetzlich geregelten Geschlechterproporzes, der Beteiligung unterschiedlicher Branchen und Regionen



sowie den bisher gesammelten Erfahrungen in der sozialen Selbstverwaltung gemäß den DGB-Kandidat\*innen-Grundsätzen (siehe Anhang).

Die Kandidierenden der ACA wurden auf die Mitgliedschaft beim gewünschten Träger überprüft. Die Vorschläge wurden vom jeweiligem Vorstand beschlossen und an die ACA benannt. Die Listenaufstellung erfolgte unter Berücksichtigung des gesetzlich geregelten Geschlechterproporzes. Alle Kandidatinnen und Kandidaten, die sich in den Organisationen gemeldet haben und wählbar waren, konnten dabei bei der Aufstellung gemäß ihren Wünschen hinsichtlich der Träger und der Reihenfolge berücksichtigt werden. Kampfabstimmungen aufgrund mehrerer Kandidatinnen und Kandidaten für einzelne Positionen hat es nicht gegeben, so dass alle Vorschläge im Vorstand der ACA Berlin-Brandenburg und in der Landesdelegiertenversammlung am 10.9.2022 gewählt und bestätigt worden.

Der GdS-Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 03.03.2022 eine „Allgemeine Richtlinie der GdS zur Erstellung von Vorschlagslisten für die Sozialwahlen 2023“ beschlossen (GdS-Anlage 4). Auf Grundlage dieser Richtlinie hat der GdS-Bundesvorstand per Abstimmung im schriftlichen Verfahren die Kandidatinnen und Kandidaten aus den Reihen der GdS für den Verwaltungsrat der AOK Nordost nominiert und die Reihenfolge festgelegt (s. Protokoll vom 24.10.2022; GdS-Anlage 5). In Verhandlungen mit den übrigen an der Gemeinschaftsliste beteiligten Organisationen wurde die Anwendung der gesetzlichen Geschlechterquoten, die Berücksichtigung aller beteiligten Organisationen auf den Listenplätzen sowie die Reihenfolge der Wahlbewerber verabredet.

Für die Gesamtliste des DGB Berlin-Brandenburg wurden anschließend alle Vorschläge der entsendenden Organisationen zum Schluss abwechselnd in der von den beteiligten Organisationen verhandelten Reihenfolge nach den genannten Kriterien berücksichtigt. Nachfolgend wurden die Vorschlagslisten vom höchsten satzungsgemäß dazu legitimierten Beschlussgremium des DGB, in diesem Fall der Bezirksvorstand des DGB Berlin-Brandenburg, als Listenträger final beschlossen.

### 3 Nach welchem Verfahren werden Nachfolger\*innen im Falle des Ausscheidens aus dem Selbstverwaltungsgremium ausgewählt?

Der DGB als Listenträger erklärt für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens eines Mitglieds des Selbstverwaltungsgremiums, den/die Nachfolger/in gemäß § 60 Abs. 1 und 1a SGB IV unter Berücksichtigung der Geschlechterquote zuvorderst von der Stellvertretungsliste zu benennen. Bei Bedarf der Ergänzung der Stellvertretungsliste und in besonders begründeten Fällen wird unter Beteiligung der Ursprungsorganisation des zu ersetzenden Mitglieds auf das bereits bei der Aufstellung der Liste angewandte und oben erläuterte Verfahren zurückgegriffen.

Berlin, den 11.11.2022

Katja Karger (Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg)

#### Anlage

Grundsätze zur Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Listen von DGB und Mitgliedsgewerkschaften zu den Sozialversicherungswahlen 2023

Niederschrift und Anlagen der GdS

Niederschrift der ACA



Deutscher Gewerkschaftsbund  
**Bundesvorstand**



18.01.2022

# **Grundsätze zur Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Listen von DGB und Mitgliedsgewerkschaften zu den Sozialversicherungswahlen 2023**



Am 31. Mai 2023 finden die Wahlen zu den Selbstverwaltungsgremien der Krankenkassen, der Rentenversicherungsträger und der Unfallversicherungsträger statt. Bis zum Ende des Sommers 2022 müssen DGB und Mitgliedsgewerkschaften die Kandidatenlisten für diese Wahlen aufstellen.

Grundlage der Arbeit für gewerkschaftliche Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter ist der Auftrag des Gesetzgebers nach § 1 Abs. 1 SGB I. Die Selbstverwaltungsgremien sind die höchsten Entscheidungsorgane der Sozialversicherung. In der gesetzlichen Krankenversicherung treffen sie die strategischen Entscheidungen der Krankenkassen und überwachen die hauptamtlichen Vorstände. In der Rentenversicherung und in den Unfallversicherungsträgern sind sie darüber hinaus auch für die Verwaltung der Versicherungsträger zuständig. Diese weitgehenden Kompetenzen entsprechen dem Demokratieprinzip unseres Sozialstaates: Die Sozialversicherungen als Kernstück und tragende Säulen unseres sozialen Sicherungssystems prägen mit ihren umfangreichen Leistungen in erheblichem Umfang die Lebens- und Arbeitssituation des größten Teils der Bevölkerung. Deshalb ist es unabdingbar, dass Vertreter/innen derjenigen, die die Sozialversicherungen finanzieren und auf ihre Leistungen angewiesen sind, erheblichen Einfluss auf die Leistungskonkretisierung und die wirtschaftliche Verwendung der Mittel nehmen.

Die Regelungen zu Leistungen, auf die die Versicherten dem Grunde nach Anspruch haben, und Vorschriften über die Qualität sowie wirtschaftlichen Umgang bei der Erbringung von Leistungen sind immer komplexer geworden. Dementsprechend anspruchsvoller wird die Arbeit der Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter.

Um ihre Verantwortung in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen angemessen wahrzunehmen und die vorhandenen Gestaltungsspielräume im Interesse der Versicherten ausschöpfen zu können, müssen DGB und Gewerkschaften daher auf eine qualifizierte Besetzung der Selbstverwaltungsorgane achten.

Folgende Grundsätze finden bei der Auswahl der Kandidatinnen/Kandidaten für die Listen von DGB und Mitgliedsgewerkschaften zu den Sozialversicherungswahlen 2023 Anwendung:

## 1. Kompetenzen in der Selbstverwaltung

Die nachfolgenden Anforderungen sind so zu verstehen, dass nicht jede/r Kandidat/in alle diese Voraussetzungen mitbringen muss, sondern dass die DGB-Gruppe insgesamt diese Kompetenzen einbringt.

Die Kolleginnen und Kollegen, die auf den DGB- und Gewerkschaftslisten für die Sozialwahlen kandidieren, müssen bereit sein, sich in Schulungen, Tagungen usw. weiterzubilden und kontinuierlich die aktuelle sozialpolitische Diskussion und Entwicklung, insbesondere in den für ihre Sozialversicherung relevanten Bereichen zu verfolgen.

Durch die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten ist zu gewährleisten, dass in der Gewerkschaftsgruppe in jedem Selbstverwaltungsorgan folgende Kompetenzen abgedeckt sind:

- Fachliche Kompetenzen
  - Kenntnisse des gegliederten Sozialversicherungssystems
  - Hilfe beim Zugang zu bedarfsgerechten Leistungen
  - Strategische Planung und Controlling
  - Grundsätze von Organisations- und Personalentwicklung
  - Haushaltsplanung, Jahresabschluss, Bilanzen
  - Finanz- und Investitionsplanung
- Soziale Kompetenzen in Hinblick auf die erforderliche Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen in der Selbstverwaltung und mit hauptamtlichen Geschäftsführern bzw. Vorständen, wie z. B.
  - Individuelle Beratungskompetenz
  - Kommunikations-, Verhandlungs-, Konfliktlösungskompetenzen
  - Sitzungsvorbereitung und -leitung
  - Durchsetzungsfähigkeit

Die Zusammenstellung der Listen sollte möglichst die Zusammensetzung der Versicherten des jeweiligen Trägers widerspiegeln. Bei der Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten ist ein Generationenwechsel anzustreben. Die Kandidatinnen und Kandidaten sollten nach der Wahl noch mindestens eine halbe Wahlperiode im Arbeitsleben verbleiben, um die betriebliche Anbindung zu gewährleisten.



## **2. Einbindung der Kandidaten/innen in die gewerkschaftliche Arbeit**

Die Arbeit der Gewerkschaftsvertreter/innen in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungen erfolgt im Rahmen der sozialpolitischen Programmatik des DGB und der gewerkschaftlichen Beschlüsse zur Sozialpolitik. Dies erfordert einen kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen DGB und Gewerkschaften und den Selbstverwalter/innen. Ist der/die versichertenseitige Vorsitzende Mitglied einer DGB-Gewerkschaft, ist er/sie Ansprechpartner/in der gewerkschaftlichen Listenträger. Ansonsten ist ein/e Kollegin/Kollege als Ansprechpartner/in zu bestimmen. Die Kandidaten/innen auf den DGB- und Gewerkschafts-Listen für die Sozialwahl 2023 sind verpflichtet,

- eine mehrjährige Mitgliedschaft sowie aktive gewerkschaftliche Tätigkeiten bei einer DGB-Gewerkschaft oder beim DGB nachzuweisen;
- regelmäßig einen satzungsgemäßen Beitrag zu zahlen;  
die notwendige Zeit für die Gremiensitzungen inklusive der Vorbereitungssitzungen und für die individuelle Vorbereitung auf die Sitzungen aufzubringen;
- im Rahmen der gewerkschaftlichen Programmatik, Beschlusslage und Strategien zu arbeiten;
- über ihre Tätigkeit gegenüber ihrer Gewerkschaft und dem DGB zu berichten; dazu gehören auch frühestmögliche Informationen über diskutierte/geplante strukturelle Veränderungen des Sozialversicherungsträgers, in dessen Selbstverwaltung sie tätig sind;
- ihr Mandat zurückzugeben, wenn
  - sie ihre Gewerkschaftszugehörigkeit aufgeben, ohne eine neue bei einer anderen DGB-Gewerkschaft zu begründen;
  - sie aus einer DGB-Gewerkschaft ausgeschlossen werden;
  - sie als Beauftragte aus dem Beschäftigungsverhältnis zum DGB oder einer DGB-Gewerkschaft ausscheiden bzw. die ehrenamtliche Funktion nicht mehr ausüben, auf deren Grundlage die Beauftragung erfolgte.

Kandidaten/innen, soweit sie im Anschluss an die Sozialwahlen in Leitungsfunktionen gewählt werden (Verwaltungsrat; Vertreterversammlung, Vorstände, Ausschüsse), sollen bereit und von ihren sonstigen Belastungen in der Lage sein, sich in gewerkschaftliche Diskussionen und in sozialversicherungsträgerübergreifende Veranstaltungen zur Erarbeitung und Abstimmung von Strategien in den Sozialversicherungsträgern einzubringen.



### **3. Hauptamtliche Gewerkschaftssekretäre/innen in der Selbstverwaltung**

Bei jedem Sozialversicherungsträger soll in der Regel mindestens ein/e hauptamtliche/r DGB-/Gewerkschaftssekretär/in Mitglied in der Selbstverwaltung sein. Um dies sicherzustellen, können bei den Regionalträgern, den Unfallversicherungsträgern, den Betriebskrankenkassen, den Innungskrankenkassen und den Allgemeinen Ortskrankenkassen Beauftragte benannt werden.

Diese hauptamtlichen Kollegen/innen haben insbesondere die Aufgabe, ggf. zusammen mit dem/der versicherungsseitigen Vorsitzenden des Gremiums

- für gewerkschaftsseitige Betreuung der SV-Vertreter zu sorgen (ggf. durch Kontakthalten zu den zuständigen Sekretären bei Gewerkschaften und DGB);
- Vorbesprechungen zu den Gremiensitzungen zu organisieren und vorzubereiten;
- die Diskussion zwischen Selbstverwaltung und den jeweils zuständigen DGB- und Gewerkschaftsgremien zu organisieren;
- Schulungsmaßnahmen für die Mitglieder ihrer Selbstverwaltung zu organisieren;
- wo erforderlich, externe Beratung für die Gewerkschaftsvertreter/innen in dem jeweiligen Selbstverwaltungsorgan zu organisieren;
- die Beteiligung an trägerübergreifenden strategischen Diskussionen der Selbstverwaltung sicherzustellen.

DGB und Gewerkschaften räumen diesen Kollegen/innen den für diese Arbeit erforderlichen zeitlichen Raum ein.

Für die Besetzung der Selbstverwaltungsorgane der Spitzenverbände gilt Entsprechendes.





#### **4. Erhöhung des Anteils der Kolleginnen in der Selbstverwaltung**

Die Satzung des DGB bestimmt, dass Frauen in den Gremien und den Delegationen, in denen der DGB die Benennungskompetenz hat, mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft in Mandaten vertreten sein sollen. Um die Chancen von Frauen zu erhöhen und den im Gesetz definierten Frauenanteil bei den Mandatsträger/innen zu erreichen, sollte bei der Aufstellung der Vorschlagslisten für die Sozialwahlen die Hälfte der Listenplätze mit Kandidatinnen besetzt werden.

Es ist im Interesse des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften, zu einer gleichberechtigten Beteiligung von Frauen in den Gremien der Sozialversicherungen zu kommen. Frauen sollen zunehmend als Vorsitzende von Vertreterversammlungen, Vorständen und Verwaltungsräten in Führungspositionen gelangen.

#### **5. Gewährleistung der Kontinuität der Arbeit der Selbstverwaltung**

Um die Kontinuität der gewerkschaftlichen Arbeit in der Selbstverwaltung langfristig zu gewährleisten, sollten auf jede Vorschlagsliste selbstverwaltungserfahrene Kollegen/innen und solche, die erstmals kandidieren und noch eingearbeitet werden müssen, aber die Gewähr bieten, Erfahrungen und Kenntnisse in die nächste Wahlperiode weiterzutragen, in einem angemessenen Verhältnis zueinanderstehen.

#### **6. Gesetzliche Wählbarkeitsvoraussetzungen**

Die Kandidaten/innen auf den Vorschlagslisten für die Sozialwahlen müssen die in § 51 SGB IV genannten Wählbarkeitsvoraussetzungen erfüllen.

## 7. Verfahren

Für die Aufstellung der Listen gelten folgende Zuständigkeiten:

<i>Sozialversicherungsträger</i>	<i>Zuständig ist:</i>
- Unfallversicherungsträger	jeweils zuständige Gewerkschaften
- BKKen	Jeweils zuständige Gewerkschaft; Erstreckt sich eine BKK nach Fusion auf die Organisationsbereiche mehrerer Gewerkschaften, ist diejenige Gewerkschaft federführend zuständig, zu deren Organisationsbereich die größte der in der Fusion aufgegangenen BKKen gehörte. Bei virtuellen BKKen ist der DGB-Bezirk zuständig, in dem sich der Sitz der Kasse befindet. Diese Regelung kann auch bei BKKen angewendet werden, bei denen nach Öffnung und Fusionen eine klare Gewerkschafts-Zuordnung nicht möglich scheint.
- Knappschaft Bahn See	IG BCE, EVG, ver.di
- Regionalträger der DRV	DGB-Bezirke
- AOKen	Sofern Zuschnitte örtlicher Gliederungen der Träger mit denen von DGB-KV/SV übereinstimmen, kann der Bezirksvorstand die Koordinierung auf KV/SV per Beschluss übertragen.
- IKKen	DGB- Bezirke zusammen mit den zuständigen Gewerkschaften
- DRV Bund	DGB-Bundesvorstand und einzelne Gewerkschaften
- Ersatzkassen	

Der DGB stellt bei den Sozialversicherungsträgern, bei denen er die Zuständigkeit hat, in Abstimmung mit den Gewerkschaften die Listen auf und beschließt diese durch seine Gremien. Dazu gibt es folgendes Procedere:

Zur demokratischen Legitimation der Listenaufstellung gemäß § 15 SVWO betreibt der DGB ein öffentliches Auswahlverfahren zur Sozialwahl, indem über die Internet-Seiten des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) die Kandidat/Innen-Suche für die Selbstverwaltergremien der Unfall-, Kranken-, und Rentenversicherung erfolgt. Mit einem online-Formular werden erwerbstätige Versicherte sowie Rentnerinnen und Rentner aufgefordert, ihre Bewerbungen abzugeben.

Darüber hinaus werden Kandidat/Innen-Vorschläge berücksichtigt, die über die Aufrufe der DGB-Gewerkschaften in den Betrieben, und dort im Rahmen von Betriebsversammlungen und/oder Aushängen erfolgen. Die Kandidat/Innen werden auf ihre Mitgliedschaft beim gewünschten Träger überprüft. Die Wahl-Listen werden vom jeweiligen Gewerkschaftsgremium (Vorstand) beschlossen und an den DGB benannt. Beim DGB erfolgt die Listenaufstellung unter Berücksichtigung des gesetzlich geregelten Geschlechterproporzes. Alle Vorschläge der Mitgliedsorganisationen werden abwechselnd in der von den Organisationen verhandelten Reihenfolge berücksichtigt. Nachfolgend werden die Vorschlagslisten vom höchsten satzungsgemäß dazu legitimierten Beschlussgremium des DGB final beschlossen. Das gleiche Verfahren gilt im Falle des Ausscheidens eines Mitglieds einer Vertreterversammlung oder eines Verwaltungsrates für die Besetzung des/der Nachfolgers/in. Durch eine Niederschrift zur Wahlvorschlagsliste findet der Nachweis darüber statt, welche Liste



wann, wo und durch welches Gremium beschlossen worden ist. Die Niederschrift wird zusammen mit der Vorschlagsliste beim Wahlausschuss des Trägers eingereicht.

Die Verbandsgremien werden durch Delegation durch die jeweiligen Mitglieder besetzt. Sie haben hinsichtlich der von den Gewerkschaften in der Selbstverwaltung verfolgten Ziele eine sehr hohe strategische Bedeutung. Deshalb müssen die gewerkschaftsseitigen Vorschläge zur Besetzung dieser Gremien unbedingt durch die DGB-Bezirke bzw. den DGB-Bundesvorstand koordiniert werden.

## **Sozialwahl 2023 bei der AOK Nordost**

**Dokumentation der an der Gemeinschaftsliste beteiligten Organisationen für die Niederschrift der Bewerberaufstellung nach § 48 Absatz 8 SGB IV i.V.m. § 15 Abs. 4 a SVWO**

**Name der Organisation:**

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

**Wen hat die vorschlagsberechtigte Organisation zur Einreichung von Bewerbervorschlägen aufgerufen? (§ 15 Abs. 4 a Nr. 1SVWO)**

Alle Mitglieder der GdS

---

**In welcher Form ist der Aufruf erfolgt? (§ 15 Abs. 4 a Nr. 2 SVWO)**

- [www.gds.info/sozialwahlen-2023-entscheiden-sie-mit](http://www.gds.info/sozialwahlen-2023-entscheiden-sie-mit)
- Instagram (s. Anlage 1)
- GdS Magazin (s. Anlage 2)
- Monatlicher Newsletter „GdS kompakt“ (s. Anlage 3)
- Aufrufe auf diversen Sitzungen der GdS-Organen auf Orts-, Landes- und Bundesebene

**Durch welche nachvollziehbaren Verfahren wurde aus den Kandidaten die Vorschlagsliste erstellt bzw. die Reihenfolge der Bewerber festgelegt? (§ 15 Abs. 4 a Nr. 3 und 4 SVWO)**

Der GdS-Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 03.03.2022 eine „Allgemeine Richtlinie der GdS zur Erstellung von Vorschlagslisten für die Sozialwahlen 2023“ beschlossen (Anlage 4). Auf Grundlage dieser Richtlinie hat der GdS-Bundesvorstand per Abstimmung im schriftlichen Verfahren die Kandidatinnen und Kandidaten aus



den Reihen der GdS für den Verwaltungsrat der AOK Nordost nominiert und die Reihenfolge festgelegt (s. Protokoll vom 24.10.2022; Anlage 5).

In Verhandlungen mit den übrigen an der Gemeinschaftsliste beteiligten Organisationen wurde die Anwendung der gesetzlichen Geschlechterquoten, die Berücksichtigung aller beteiligten Organisationen auf den Listenplätzen sowie die Reihenfolge der Wahlbewerber verabredet.

**Nach welchem Verfahren werden Nachfolger im Falle des Ausscheidens eines Mitglieds gem. § 60 Abs. 1 oder 1 a SGB IV ausgewählt?**

Nach der Allgemeinen Richtlinie der GdS zur Erstellung von Vorschlagslisten für die Sozialwahlen 2023 entscheidet bei Ausscheiden eines Mitgliedes oder stellvertretenden Mitgliedes eines Selbstverwaltungsorgans der GdS-Bundesvorstand über die Nachfolgerin bzw. den Nachfolger. Bei Sozialversicherungsträgern, deren Geschäftsbereich nur ein Bundesland umfasst, kann ersatzweise der GdS-Landesvorstand über die Nachfolgerin bzw. den Nachfolger beschließen. Dabei werden bei der Auswahl von Nachfolgern für ausgeschiedene Mitglieder dieselben Kriterien wie fachliche und soziale Kompetenzen angewendet, wie bei der Aufstellung der Kandidaten für die Sozialwahlen 2023.

Bonn, den 25.10.'22

Ort, Datum

  
Siglinde Hasse  
GdS-Bundesgeschäftsführerin

Anlagen





gds\_wirkommtweiter  
Deutschland

...



Gefällt 32 Mal

gds\_wirkommtweiter Am 31. Mai 2023 finden die nächsten Sozialwahlen statt – die mit über 50 Millionen Wahlberechtigten drittgrößten Wahlen in Deutschland! In den Verwaltungsräten und Vertreterversammlungen der Krankenkassen, Renten- und Unfallversicherungsträger bestimmen nämlich auch die Versicherten mit. Und die werden demokratisch gewählt. Bereits jetzt laufen die Vorbereitungen der GdS auf Hochtouren, denn bei vielen Sozialversicherungsträgern sollen auch wieder Kolleginnen und Kollegen aus unseren Reihen zur Wahl stehen.

Habt ihr schon mal von Sozialwahlen gehört bzw. aktiv gewählt?

#gds #wirkommtweiter #gewerkschaft  
#sozialwahlen #krankenkassen #rentenversicherung  
#unfallversicherung #demokratie

Komentieren ...



16. März

(Post von @gds\_wirkommtweiter bei Instagram am 16. März 2022)



Vorbereitungen für die Sozialwahlen 2023

## Entscheiden Sie mit!

2023 finden turnusgemäß wieder die Sozialversicherungswahlen statt. Die GdS sucht für ihre Wahlvorschlagslisten bei Krankenkassen, Unfall- und Rentenversicherungsträgern noch geeignete Kandidatinnen und Kandidaten. Wollen Sie dabei sein und selbst kandidieren? Kein Problem, melden Sie sich bei uns!

Alle sechs Jahre werden bei den Sozialversicherungsträgern die Verwaltungsräte und Vertreterversammlungen neu gewählt. In diesen Gremien entscheiden Versicherten- und Arbeitgebervertreter mit über den Kurs der Kranken- und Pflegekassen, der Rentenversicherungsträger, der gewerblichen Berufsgenossenschaften und Unfallkassen und der Sozialversicherung für

Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau.

Auch die GdS möchte wieder ein gewichtiges Wort mitsprechen, wenn die Mandate für die Sozialparlamente vergeben werden. Dabei haben wir die Absicht, uns mit dem Sachverstand unserer Mitglieder für die Interessen der Versicherten einzusetzen. Bei verschiedenen

## Soziale Selbstverwaltung



Orts- und Innungskrankenkassen und bei der Verwaltungs-BG sind unsere Selbstverwalter schon aktiv – dieses erfolgreiche Engagement wollen wir noch weiter ausbauen.

### Kandidat(inn)en gesucht

Erste Vorüberlegungen haben bereits begonnen. Klar ist: Wir brauchen geeignete Kandidatinnen und Kandidaten, die für die GdS bei einem Sozialversicherungsträger zur Wahl antreten.

Gewählt werden können Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und bei dem Träger versichert sind, für den sie vorgeschlagen werden. Ein Drittel der Vorgeschlagenen

können auch Personen sein, die nicht bei dem betreffenden Träger versichert sind. Nicht wählbar sind hingegen Personen, die bei dem jeweiligen Träger aktiv beschäftigt sind. Alle weiteren Wählbarkeitsvoraussetzungen für die Selbstverwaltungsorgane sind § 51 SGB IV zu entnehmen.

Wenn Sie sich vorstellen können, in der Selbstverwaltung eines Sozialversicherungsträgers mitzuarbeiten, melden Sie sich bei uns – dann schauen wir gemeinsam, wo eine Aufstellung Sinn ergibt. Anfragen richten Sie bitte per E-Mail an den GdS-Sozialreferenten Hendrik Steven unter „steven.h@gds.de“.

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

## Erbrecht – Leitfaden zum Erben und Vererben

### Was Sie davon haben:

Zunächst scheint ganz klar und einfach, wem man was vererben will. Doch wie so oft treten auch hier die Probleme auf, wenn man ins Detail geht. Aus diesem Grund hat die dbb bundessenorenvertretung sich zur Herausgabe des Ratgebers zum Thema Erbrecht entschlossen.

Mit dem Ratgeber wird ein erster Überblick über die Rechtslage gegeben und es werden grundsätzliche sowie ganz praktische Fragen behandelt. Die verschiedenen Möglichkeiten, ein Testament zu verfassen, werden dargestellt, Fragen zu Erbfolge und Pflichtteil behandelt und auch, was zu tun ist, wenn der Erbfall eingetreten ist.

### So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-Mail oder über unseren Onlineshop mit.



3., überarbeitete Auflage 2021  
64 Seiten

€ 5,00 inkl. MwSt. und zzgl. Versandkosten  
ISBN 978-3-87999-059-7



GTB Godesberger Taschenbuchverlag GmbH  
Dreizehnmorgenweg 36 · 53175 Bonn

Unsere Berliner Auslieferung:

DBB Verlag GmbH

Friedrichstraße 165 · 10117 Berlin

Telefon: 030.7261917-23 · Telefax: -49

E-Mail: [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de)

Internet: [www.dbbverlag.de](http://www.dbbverlag.de)

Onlineshop: [shop.dbbverlag.de](http://shop.dbbverlag.de)

### BESTELLCOUPON

Zuschicken oder faxen

- ☐ Exemplar/e »Erbrecht – Leitfaden zum Erben und Vererben«  
(je € 5,00 inkl. MwSt. und zzgl. Versandkosten)  
☐ Verlagsprogramm

Name

Anschrift

Telefon/E-Mail (freiwillig)

**Widerrufsrecht:** Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Tel.: 030.7261917-23, Fax: 030.7261917-49, E-Mail: [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de).

**Werbeseinwilligung:** ☐ Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich die DBB Verlag GmbH über eigene Produkte (gedruckte und elektronische Medien) und Dienstleistungen über den Postweg oder per E-Mail informiert. Die von mir gemachten freiwilligen Angaben dürfen zu diesem Zweck gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Der werblichen Verwendung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen, entweder durch Mitteilung per Post an die DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, per E-Mail an [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de), per Fax an 030.7261917-49 oder telefonisch unter 030.7261917-23. Im Falle des Widerspruchs werden meine Angaben ausschließlich zur Vertragserfüllung und Abwicklung meiner Bestellung genutzt.

Datum/Unterschrift





Tatsächlich hat die derzeitige Bundesregierung nicht entschieden, wie hoch der Steuerzuschuss zur GKV im kommenden Jahr endgültig sein soll. Der Spitzenverband geht davon aus, dass rund 28 Milliarden Euro benötigt werden, um Finanzlücken zu füllen und den durchschnittlichen Zusatzbeitrag stabil bei 1,3 Prozent zu halten. Als Steuerzuschuss genehmigt sind bisher aber erst rund 21 Milliarden Euro. Und weil sich die Bundesregierung darauf festgelegt hat, im Rahmen der Sozialgarantie die Gesamtheit der Sozialversicherungsbeiträge 2021 und 2022 auf maximal 40 Prozent zu begrenzen, drängt nun die Zeit.

Auch die GdS hatte sich schon im vergangenen Jahr für einen auskömmlichen Steuerzuschuss zur GKV und die Einhaltung der Sozialgarantie ausgesprochen, damit die gesetzlich Krankenversicherten und die Krankenkassen nicht finanziell überfordert werden (siehe [GdS spezial vom 05.06.2020](#) und [GdS spezial vom 18.09.2020](#)). Egal, welche Bundesregierung in den kommenden Wochen entscheidet: Es muss schnell geliefert werden!

## Vorbereitungen auf die Sozialwahlen 2023

Die Sozialversicherungswahlen 2023 werfen bereits ihre Schatten voraus. Bei den Sozialversicherungsträgern werden die Verwaltungsräte und Vertreterversammlungen gewählt. In diesen Gremien entscheiden Versicherten- und Arbeitgebervertreter mit über den Kurs der Krankenkassen, Renten- und Unfallversicherungsträger, der Bundesagentur für Arbeit sowie der SVLFG.

Auch die GdS möchte wieder ein gewichtiges Wort mitsprechen, wenn die Mandate verteilt werden und sich mit dem Fachwissen ihrer Mitglieder für die Interessen der Versicherten einsetzen. Bei diversen Orts- und Innungskrankenkassen sowie der Verwaltungs-BG sind unsere Selbstverwalter schon aktiv und wir möchten unser erfolgreiches Engagement weiter ausbauen.

Erste Vorüberlegungen haben bereits begonnen. Klar ist: Wir brauchen geeignete Kandidatinnen und Kandidaten, die für die GdS bei einem Sozialversicherungsträger zur Wahl antreten. Wenn Sie sich vorstellen können, in der Selbstverwaltung eines Sozialversicherungsträgers mitzuarbeiten, melden Sie sich bei uns – dann schauen wir gemeinsam, wo eine Aufstellung Sinn ergibt. Anfragen bitte an den GdS-Sozialreferenten Hendrik Steven unter [steven.h@gds.de](mailto:steven.h@gds.de).

**KOMPAKT****September 2021**





## Sozialwahlen 2023

### Allgemeine Richtlinie der GdS zur Erstellung von Vorschlagslisten für die Sozialwahlen 2023

Die GdS beteiligt sich an den Sozialwahlen 2023 mit dem Ziel, vielen engagierten, geeigneten und fähigen Personen eine Möglichkeit der Mitbestimmung in den Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherungsträger im Sinne der Versicherten zu ermöglichen.

Um von der GdS als Kandidatin oder Kandidat vorgeschlagen zu werden und einen Platz auf der Vorschlagsliste zu erhalten, müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt werden. Diese sind im Folgenden aufgeführt und dienen der Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten. Zudem erfolgt die Aufstellung der Listen nach bestimmten Verfahrensgrundsätzen.

#### A) Allgemeine Anforderungen an die Kandidatinnen und Kandidaten

##### Die Kandidatinnen und Kandidaten

- sind Mitglied der GdS,
- müssen die in § 51 SGB IV genannten Wählbarkeitsvoraussetzungen erfüllen,
- verfügen über grundlegende Kenntnisse der Sozialversicherungssysteme und können Befähigungen vorweisen, die einer Tätigkeit in einem Selbstverwaltungsgremium dienlich sind,
- sollten gewerkschaftliches Engagement erkennen lassen. Von Vorteil ist eine langjährige anspruchsvolle gewerkschaftliche Tätigkeit,
- verfügen über ausgeprägte soziale Kompetenzen, die in einem Selbstverwaltungsgremium unabdingbar sind,
- sind befähigt, über ihre Tätigkeit in den Selbstverwaltungsgremien der GdS gegenüber zu berichten und sich bei sozialversicherungsträgerübergreifenden Veranstaltungen einzubringen.

Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GdS, die die genannten Kriterien erfüllen, können ebenfalls kandidieren.

#### B) Weitere Kriterien für die Aufstellung der Vorschlagsliste

Die GdS möchte den Anteil an Frauen in der Selbstverwaltung erhöhen. Bei der Aufstellung der Vorschlagslisten für die Sozialwahlen sollten mindestens 40 Prozent der Listenplätze mit Kandidatinnen besetzt werden.

Die Arbeit der Selbstverwaltung profitiert auch von der Kontinuität, der Erfahrung und dem Fachwissen der Mitglieder und Stellvertreter, die bereits in einem Selbstverwaltungsgremium tätig sind. Kandidatinnen und Kandidaten, die diese Voraussetzungen mitbringen, werden bei der Aufstellung der Liste priorisiert.

#### C) Verfahren bei der Listenaufstellung

Die GdS ruft durch verschiedene Publikationen, wie dem GdS Magazin, dem monatlichen Format GdS kompakt und auf seiner Internetseite, Mitglieder auf, sich um die Teilnahme an den Sozialwahlen 2023 zu bewerben. Die Landesverbände verstärken diese

Aufrufe durch eigene Veröffentlichungen und/oder Weiterleitung an Multiplikatoren in der Gewerkschaft

An einer Kandidatur interessierte Personen wenden sich an die GdS-Bundesgeschäftsstelle.

Unter Berücksichtigung des gesetzlich geregelten Geschlechterproporzes werden die benannten Kandidatinnen und Kandidaten auf der Vorschlagsliste platziert.

Über die Vorschlagslisten beschließt der GdS-Bundesvorstand. Bei Sozialversicherungsträgern, deren Geschäftsbereich nur ein Bundesland umfasst, kann ersatzweise der entsprechende GdS-Landesvorstand die Vorschlagslisten beschließen. Bei der Einreichung der Vorschlagslisten wird in der einzureichenden Niederschrift aufgeführt, welches GdS-Gremium die Vorschlagsliste beschlossen hat.

Bei Ausscheiden eines Mitgliedes oder stellvertretenden Mitgliedes eines Selbstverwaltungsorgans gemäß § 60 Absatz 1 oder 1a SGB IV entscheidet der GdS-Bundesvorstand über die Nachfolgerin bzw. den Nachfolger. Bei Sozialversicherungsträgern, deren Geschäftsbereich nur ein Bundesland umfasst, kann ersatzweise der entsprechende GdS-Landesvorstand über die Nachfolgerin bzw. den Nachfolger beschließen.

**Niederschrift des GdS-Bundesvorstandes**

**vom 24. Oktober 2022**

**Sozialwahlen 2023**

**hier: Kandidaten/-innen für den Verwaltungsrat der AOK Nordost**

Der Bundesvorsitzende hat im schriftlichen Verfahren die Abstimmung zu o. g. Vorschlag herbeigeführt.

**Beschluss:**

Der Bundesvorstand beschließt gemäß der allgemeinen Richtlinie der GdS zur Erstellung von Vorschlagslisten für die Sozialwahlen 2023, dass als Kandidaten/-innen für den Verwaltungsrat der AOK Nordost

als ordentliches Mitglied (einstelliger Listenplatz):	Frau Stefanie Wache, geb. am 11.12.1966,
als stellvertretendes Mitglied (Platz 4):	Herr Frank Müller, geb. am 16.08.1961,
als stellvertretendes Mitglied (Platz 9):	Frau Judith Woitschack, geb. am 29.04.1971

aufgestellt werden.

Bonn, 24. Oktober 2022

  
Siglinde Hasse  
GdS-Bundesgeschäftsführerin





**Niederschrift über die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Sozialwahl 2023 in  
ACA Berlin Brandenburg.**

Zur Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmerorganisation Berlin Brandenburg gehören

1. Kolpingwerk Berlin
2. KAB Berlin
3. EAN Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.

Für die Sozialwahlen in den letzten Perioden wurden immer Kandidatinnen und Kandidaten über die ACA vorgeschlagen.

Für die Sozialwahl 2023 haben die drei Organisationen über die Mitglieder-publikationen und die Internetseiten seit Herbst 2021 aufgerufen. Gleichzeitig wurde mit den bisherigen Kandidatinnen und Kandidaten Kontakt aufgenommen. Der Aufruf erfolgte durch Berichte in den Zeitschriften über die Arbeit der Selbstverwaltung und die Aufmunterung zu kandidieren. Durch das Internet war die Möglichkeit gegeben, sich online als Kandidatin oder Kandidat zu melden.

Ebenso gingen Kandidaten-Vorschläge über die Aufrufe der Mitgliedsorganisationen ein, die im Rahmen von Versammlungen und Aushängen erfolgten. Die Kandidierenden wurden auf die Mitgliedschaft beim gewünschten Träger überprüft. Die Vorschläge wurden vom jeweiligen Vorstand beschlossen und an die ACA benannt.

Die Listenaufstellung erfolgte unter Berücksichtigung des gesetzlich geregelten Geschlechterproporzes. Alle Kandidatinnen und Kandidaten, die sich in den Organisationen gemeldet haben und wählbar waren, konnten dabei bei der Aufstellung gemäß ihren Wünschen hinsichtlich der Träger und der Reihenfolge berücksichtigt werden. Kampfabstimmungen aufgrund mehrerer Kandidatinnen und Kandidaten für einzelne Positionen hat es nicht gegeben. Entsprechend sind alle Vorschläge im Vorstand der ACA Berlin-Brandenburg und in der Landesdelegiertenversammlung am 10.9.2022 gewählt und bestätigt worden.

Nachfolgerinnen oder Nachfolger von ausgeschiedenen Mitgliedern der Selbstverwaltungorgane werden zuvorderst von der Stellvertretungsliste benannt. Bei Bedarf der Ergänzung der Stellvertretungsliste oder in besonders begründeten Fällen erfolgt ein neuer Bewerbungsaufruf durch die Mitgliedsorganisationen. Die Wahl erfolgt dann gemäß den Kriterien Geschlecht, Altersstruktur, Regionalität und Mitgliedsorganisation in den zuständigen Gremien der ACA.

Für die ACA Berlin-Brandenburg



Werner Koop